

**Seite:** 5  
**Ressort:** Politik  
**Seitentitel:** Politik  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Nummer:** 123  
**Auflage:** 209.896 (gedruckt)<sup>1</sup> 200.883 (verkauft)<sup>1</sup>  
 214.445 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,963 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 4/2020<sup>2</sup> AGMA ma 2020 Tageszeitungen

## "Ein Schwächling genießt keinen Respekt"

Lettlands Präsident Egils Levits über Kooperation mit Russland und Gefahren für die Demokratie in der EU.

Herr Präsident, ist die bisherige Reaktion der EU auf die Entführung des Ryan-air-Flugs Athen-Vilnius nach Minsk und die Festnahme des Regimegegners Roman Protassewitsch ausreichend?

Wir sind sehr zufrieden, dass die Europäische Union schnell und absolut einig auf diese flagrante Verletzung des Völkerrechts, der internationalen Flugsicherheit und der Menschenrechte reagiert hat. Wir sind auch der Auffassung, dass dieser Angriff auf den internationalen Flugverkehr im UN-Sicherheitsrat debattiert werden muss. Wenn ein solches Verhalten von Staaten Schule macht, dann bricht der globale Flugverkehr zusammen.

Es ist weniger als ein Jahr her, da wollten Lettland und Belarus die Eishockey-WM noch gemeinsam austragen, nun hat Belarus alle lettischen Diplomaten aus Minsk ausgewiesen, weil in Riga während der WM die Fahne der demokratischen Opposition gehisst wurde. Was erwarten Sie für die nächste Zukunft in den bilateralen Beziehungen? Sehen Sie eine Möglichkeit für die Rückkehr des Botschaftspersonals nach Minsk?

Gerade wegen der Fälschung der Wahl im August vorigen Jahres und der anschließenden massiven und brutalen Repressionen des Regimes gegen die demokratische Opposition hat Lettland beschlossen, dass eine gemeinsame Austragung nicht mehr in Betracht kommt. Was die Zukunft der Beziehungen der EU und Lettlands mit Belarus angeht, so treten wir für gutnachbarschaftliche Beziehungen ein. Die Repressionen gegen die Opposition müssen aber beendet werden. Wir unterstützen auch die Forderung nach freien Wahlen unter internationaler Beobachtung.

Was bedeuten die zunehmenden Konflikte zwischen der EU und Russland für Lettland mit seiner großen russischsprachigen Bevölkerungsgruppe? Wachsen dadurch die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen innerhalb der lettischen Gesellschaft?

Ich muss klar antworten: Nein. Die Außenpolitik Lettlands ist Teil der Außenpolitik der EU. Das bedeutet, dass wir ganz konsequent für die Einhaltung des Völkerrechts, für die Verteidigung der Demokratie eintreten und gleichzeitig offen für Dialog sind, wenn Russland das will. Im Moment scheint die Bereitschaft dazu dort nicht besonders groß zu sein. Innenpolitisch schaffen die Divergenzen zwischen der EU und Russland für Lettland kaum Probleme. Auch jener Teil der lettischen Gesellschaft, der mental noch in der russischen oder vielleicht sogar sowjetischen Welt lebt, will nicht dorthin umziehen. Sie leben ganz gern in Lettland.

Gibt es Anstrengungen für eine verstärkte Integration der russischsprachigen Bevölkerung?

Diejenigen, die mindestens fünf Jahre in Lettland gelebt haben und Grundkenntnisse der lettischen Staatssprache haben, können ohne Weiteres die Staatsbürgerschaft beantragen. Ob man das macht, ist eher eine Einstellungsfrage. Insbesondere die jungen Russischsprachigen, die im unabhängigen lettischen Staat aufgewachsen sind, sind durchweg Staatsbürger.

Spielt es für die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen eine Rolle, dass Riga zu einer Art Zentrum für eine neue russische Emigration geworden ist - dort befindet sich ja auch die Redaktion eines der wichtigsten russischsprachigen Internetmedien?

Diese neue russischsprachige Emigration in Lettland unterscheidet sich deut-

lich von der noch aus sowjetischer Zeit stammenden Gruppe älterer Menschen. Sie verstehen einander nicht besonders gut - in einem politischen Sinn. Diese neue Emigration setzt sich ja auch dafür ein, dass wir in Europa mehr für die Unterstützung der Demokratie in Russland tun.

Was kann die EU angesichts der verstärkten Repression gegen die Opposition in Russland und der Drohgebärden gegenüber der Ukraine noch tun?

Es ist ein Mythos, wenn man sagt, wir müssen Russland verstehen und ihm in prinzipiellen Angelegenheiten entgegenkommen. Die Geschichte zeigt, dass das als Schwäche ausgelegt wird, und ein Schwächling genießt keinen Respekt. Wir als Westen müssen präzise sagen: Wir können Verletzungen des internationalen Rechts niemals akzeptieren. Wir haben Demokratie und Rechtsstaat als Grundsätze, die wir nicht verraten können. Man kann nicht so etwas sagen wie: Vielleicht brauchen die Russen keine Demokratie, weil sie nicht reif dafür sind. Wir können jedoch sagen: Das ist ihre eigene Angelegenheit. Aber wenn sie Demokratie wollen, müssen wir das politisch unterstützen und gegen die Unterdrückung Stellung beziehen. Kurzfristig ist das vielleicht unbequem, aber mittel- und langfristig ist es das richtige Mittel, um mit autoritären Regimes umzugehen.

Sehen Sie noch Möglichkeiten einer Kooperation mit Russland?

Es gibt Gebiete, auf denen eine Kooperation möglich und wünschenswert ist. Zum Beispiel die Klimafrage, die betrifft Demokratien und autoritäre Staaten gleichermaßen. Ich glaube, dass auch Russland daran interessiert ist, es ist ja nicht losgelöst vom Rest der Welt. Auch die Pandemie ist so eine globale Frage, von der alle Staaten unabhängig

von ihrer Staatsform betroffen sind. Hat es die EU nur mit einer autoritären Herausforderung von außen zu tun, oder gibt es auch eine von innen, etwa durch Länder wie Polen und Ungarn? Das ist eine sehr richtige Frage. Als die EU gegründet wurde und auch bei den ersten Erweiterungen schien das kein Problem zu sein, denn es erschien ganz selbstverständlich, dass alle Mitglieder der EU demokratisch und rechtsstaatlich sind. Mit der wachsenden Zahl der Mitglieder sehen wir nun, dass die Diversität der Formen von Demokratie und Rechtsstaat größer geworden ist,

und dass in unterschiedlichen Staaten unterschiedliche Meinungen über verschiedene Ausprägungen von Demokratie und Rechtsstaat bestehen. Ich halte den Ansatz der Europäischen Kommission für richtig, die gemeinsamen Grundsätze für alle Mitgliedstaaten genauer zu definieren: Was bedeutet Unabhängigkeit der Justiz? Was bedeutet freie Wahlen? Das war früher vielleicht nicht erforderlich, jetzt scheint mir das nötig zu sein. Diese Prinzipien sollen aber nicht die Diversität einschränken. Wir haben 27 verschiedene Staatsordnungen, in denen die gemein-

samen Grundsätze je nach Kontext und Geschichte verschiedene Ausprägungen angenommen haben. Über Demokratie und Rechtsstaat kann es durchaus verschiedene Meinungen geben, aber innerhalb gewisser Grenzen. Und diese Grenzen zu setzen ist die Aufgabe der Union. Und wenn sie überschritten werden, dann sind entsprechend wirksame Reaktionsmöglichkeiten nötig. Mit Lettlands Präsident Egils Levits sprach Reinhard Veser.

**Abbildung:** Klare Worte: Der lettische Präsident Egils LevitsFoto Ullstein  
**Wörter:** 904  
**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main